

Die Juden in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg

Autor(en): **Iancu, Carol**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums**

Band (Jahr): **58 (2002)**

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-961567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Juden in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg

von *Carol Iancu**

Am 23. August 1944 liess König Michael den Diktator Antonescu festnehmen und kündigte im Rundfunk die Auflösung des Bündnisses mit Nazi-Deutschland sowie das Ende des Krieges gegen die Alliierten an. Voller Begeisterung verkündete er: „Wir vertrauen voll und ganz auf die Zukunft des rumänischen Volkes; wir sind entschlossen, den Weg für ein Rumänien von morgen, ein freies, mächtiges und glückliches Rumänien, zu ebnen.“ Leider blieben diese Worte nichts als ein frommer Wunsch, denn das Land wurde rasch von den Sowjets abhängig, den neuen Verbündeten und Waffenbrüdern: Mehr als 265 000 rumänische Soldaten mussten an der Seite der Roten Armee an der Befreiung Ungarns teilnehmen (der König erklärte Deutschland am 25. August den Krieg). Mit dem Einverständnis der UdSSR erhielt das Land den Norden Transnistriens zurück, der seit 1940 von Ungarn besetzt war, während Bessarabien und der Norden der Bukowina unter sowjetischer Herrschaft blieben. Die Errichtung des kommunistischen Regimes erfolgte schrittweise. Das Ereignis des 23. August 1944 war das Werk einer rechtskräftigen Koalition zwischen dem König, den Kommunisten und den „historischen“ Parteien. Doch nach dem Waffenstillstandsabkommen mit der Sowjetunion am 12. September 1944 gewinnen die Kommunisten an Macht, und in den sogenannten Koalitionsregierungen sitzt eine Reihe ihrer Anführer (die Vertreter der Nationalen Bauernpartei um Iuliu Maniu, der Nationalliberalen Partei um Bratianu, der kleinen Sozialistischen Partei um Titel Petrescu nicht mitgerechnet): Lucretiu Patrascanu für die Justiz, Gheorghiu Dej für Verkehr und Transport, Emil Bodnaras für den Nachrichtendienst, später für die Streitkräfte.

* Prof. Dr. *Carol Iancu*, Université Paul Valéry – Montpellier III, Route de Mende, 34199 Montpellier Cedex 5, Frankreich – Aus dem Französischen übersetzt von Yvonne Domhardt, Zürich.

Die Koalitionsregierungen, die zunächst von General Sanatescu, später von General Radescu gebildet wurden, wichen am 6. März 1945 der von Petru Groza, dem Vorsitzenden der Bauernfront, geführten und von Stalin aufgezwungenen Regierung. Mit dieser Regierung beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Landes, der 45 Jahre währen sollte und zunächst gekennzeichnet ist vom Aufbau der sogenannten Volksdemokratie (1945–1947), der erzwungenen Abdankung König Michaels am 30. Dezember 1947 und der Ausrufung der „Volksrepublik“ am selben Tage. Nach erzwungenem Zusammenschluss der Sozialistischen mit der Kommunistischen Partei, deren Anhängerschaft auf sowjetischen Druck hin sprunghaft von etwa tausend vor dem Krieg auf eine Million im Jahre 1949 angestiegen war, wurde im Februar 1948 die Rumänische Arbeiterpartei mit Gheorghe Gheorghiu Dej als Generalsekretär gegründet. 1952 wurde er Vorsitzender des Staatsrates und war Oberhaupt des Landes bis zu seinem Tode im Jahre 1965, als er durch einen weiteren Diktator namens Nicolae Ceausescu abgelöst wurde, der die Macht bis zu seiner Verhaftung und Hinrichtung im Dezember 1989 innehatte. Das totalitäre kommunistische Regime zeichnete sich nach der Kollektivierung der Landwirtschaft innenpolitisch durch die gnadenlose Unterdrückung seiner Gegner aus, aussenpolitisch durch eine gewisse Unabhängigkeit, insbesondere nach dem 20. Kongress der Kommunistischen Partei der UdSSR im Jahre 1956 und dem berühmten „geheimen“ Bericht Chruschtschows aus demselben Jahr.

Desgleichen wurde die jüdische Gemeinschaft Rumäniens, die zur Hälfte der *Schoa* entkommen konnte, zutiefst erschüttert. 1943 hatte das Antonescu-Regime die rechtmässige Existenz der jüdischen Gemeinden und ihres nationalen Dachverbandes, des Gemeindebundes, verboten und ihn nach dem nationalsozialistischen Vorbild des „Judenrates“ durch die *Centrala evreilor*, die Zentrale der Juden, ersetzt. Nach dem Sturz Antonescus wurde die Zentrale der Juden aufgelöst, die jüdischen Gemeinden wurden auf gesetzlicher Grundlage neu organisiert, so auch der Gemeindebund, der seine Aufgaben durch einen Erlass vom Oktober 1944 übertragen bekam. Vom August desselben Jahres an wurden verschiedene jüdische Organisationen und Vereinigungen wieder aufgebaut: Am 18. September konnten die Jüdische Partei und die Bukarester Sektion Union der rumänischen Juden, am 13. Oktober das Komitee der Zionistischen Organisation der Hauptstadt und am 19. November die rumänische Sektion des Jüdischen Weltkongresses, der Joint und andere rumänische Sektionen grosser jüdischer Organisationen wie ORT, zuständig für die Fachausbildung, OSE, zuständig für die medizinische Betreuung von Kindern, sowie Bnei Brith ihre Arbeit noch vor Ablauf des Jahres 1944 wieder aufnehmen.

Die Kommunisten versuchten, die Gemeinden zu unterwandern, indem sie dort ihre Repräsentanten in Führungspositionen setzten, um ihnen so schliesslich ihren Willen aufzuzwingen. Das Jüdisch-demokratische Komitee (*Comitetul Democrat Evreesc*, CDE), das am 25. Juni 1945 offiziell auf Veranlassung der Kommunistischen Partei eingerichtet wurde, hatte diese Politik in die Praxis umzusetzen, womit erreicht wurde, dass die beiden grossen jüdischen Organisationen der Vorkriegszeit, die Jüdische Partei unter A.L. Zissu und die Union der rumänischen Juden unter Wilhelm Filderman, geschwächt und später unterdrückt wurden und ein erbitterter Kampf gegen die Zionisten geführt wurde. Das Jüdisch-demokratische Komitee, Werkzeug der Regierung und geleitet von einem fanatischen Kommunisten namens Bercu Feldman, wurde, genau wie sein Presseorgan *Unirea*, seinerseits 1953 aufgelöst, nachdem es seine ihm zugedachte Aufgabe erfüllt hatte. Ab 1948 waren die Union der rumänischen Juden, die Jüdische Partei und am 23. Dezember die Zionistische Organisation gezwungen, ihre Aktivitäten einzustellen. Lediglich die *Hachscharot* („Vorbereitungscamps“), in denen junge Zionisten ihre *Alija* („Einwanderung“) nach Israel vorbereiteten, blieben noch bis zum 8. März 1949 bestehen, während der Joint, ORT und OSE bereits am 4. März 1949 verboten wurden.

Nach dem 23. August 1944 begann Oberrabbiner Alexandre Safran ein zähes Ringen um die Rückgabe geraubten oder konfiszierten jüdischen Eigentums, um Entschädigungen für bewegliche Güter und enteignete oder gar zerstörte Immobilien, um die vollumfängliche Wiedererlangung der Bürgerrechte sowie um die uneingeschränkte Ausreisegenehmigung nach Palästina.

Eines der heikelsten Probleme war das der Wiedereingliederung von Juden in die rumänische Armee, die fortan gegen das nationalsozialistische Deutschland und seinen Verbündeten, das faschistische Ungarn, kämpfte (Juden wurden zu Beginn des Krieges aus der Armee entlassen). In der rumänischen Armee hatte es zu jenem Zeitpunkt keine „Säuberungen“ gegeben: Sie setzte sich aus denselben Offizieren und Soldaten zusammen, die gegen die UdSSR gekämpft hatten und die zu Tausenden an den Massakern an der jüdischen Bevölkerung Bessarabiens, der Bukowina und Transnistriens beteiligt gewesen waren. Andererseits konnten die überlebenden Juden, die geschwächt, krank und unterernährt aus den Konzentrationslagern kamen, um ihr Zuhause in Trümmern vorzufinden, wegen ihres Zustandes nicht zu einem Leben im Militär mit all seiner Härte genötigt werden. Ein einschneidendes Argument war zudem die Tatsache, dass den Juden die ihnen durch die antisemitische Gesetzgebung aberkannten Bürgerrechte noch

immer nicht zurückgegeben worden waren. Oberrabbiner Safran, Filderman, ein glänzender Jurist, und andere jüdische Führungspersönlichkeiten hatten es zudem verstanden, bei einigen verantwortlichen rumänischen Politikern an ihre Schuldgefühle gegenüber der Tragödie der *Schoa* zu appellieren – mit Erfolg. Die vielen von Oberrabbiner Safran unternommenen, nicht immer von Erfolg gekrönten Interventionen bei den neuen Autoritäten (besonders bei Minister Patrascanu) oder den Auslandsvertretungen in Bukarest (in erster Linie denjenigen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und der Sowjetunion) in den verschiedensten Angelegenheiten hatten nichtsdestotrotz bis zu seiner Amtsenthebung und Ausweisung ausser Landes im Dezember 1947 das Schicksal seiner Glaubensgenossen im Rahmen des Möglichen zu verbessern vermocht. 1945 gelang ihm die Einberufung eines grossen Rabbinerkongresses, des ersten in Europa nach dem Kriege, an dem überlebende Flüchtlinge aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen teilnahmen; diese Veranstaltung bedeutete für die rumänischen Juden eine beträchtliche moralische Hilfe. Indes wurde er stets von kommunistischen Juden in seiner Arbeit behindert und sein Handlungsspielraum immer mehr eingeschränkt, bis er schliesslich seine Aufgaben nicht mehr ausführen konnte. In seinen Erinnerungen beschreibt er diese schreckliche Situation einfühlsam und sorgenvoll:

„Ich erinnere mich an bestimmte Sitzungen im Hauptsitz des Bundes, an denen ich als Oberrabbiner teilnahm und bei denen Filderman den Vorsitz führte. Sobald die Diskussion auf Fragen von äusserster Wichtigkeit für die Gemeinschaft gelenkt und Sofortmassnahmen verlangt wurden, begannen die anwesenden Kommunisten mit ihrer Obstruktion, indem sie alle in ein Gestrüpp von Verfahrensfragen führten, wie zum Beispiel, ob dieses oder jenes Mitglied wirklich das Recht auf Anwesenheit hatte oder ob man diesem oder jenem das Stimmrecht ohne genaue Untersuchung seines Falles geben sollte. Dank dieses Systems wurden der Bund, die Gemeinschaftszentren und alle unsere Institutionen langsam gelähmt, und zwar in der Provinz wie in Bukarest. Und die Lage wurde nur noch schlimmer, als uns die Partei Lascar Saraga als Generalsekretär des Bundes aufhalste.“^[1]

Mit Würde verstand er es, dem massiven Druck durch das immer radikaler werdende kommunistische Regime entgegenzutreten. So weigerte er sich trotz der gegen ihn ausgesprochenen Drohungen im Jahre 1947 vehement, gegen Juliu Maniu, den Vorsitzenden der Nationalen Bauernpartei, auszusagen, der fortan als „Faschist und Verräter“ galt. Druck wurde auch auf den Präsidenten der rumänischen Juden Wilhelm Filderman, der sich tapfer für die Rechte seiner Glaubensgenossen einsetzte, ausgeübt. Am 28. August

¹ Deutsch zitiert nach: A. SAFRAN, *Den Flammen entrissen. Die jüdische Gemeinde in Rumänien 1939–1947. Erinnerungen*, aus dem Französischen übersetzt von Ingrid Jonas, Tübingen, Basel 1996, S. 153 – Anm. der Übersetzerin.

1944 richtete er ein Schreiben an den Obersten des Generalstabes der Armee, in dem es hiess:

„Nach sechs Wochen des Wartens sind die Rassengesetze noch immer nicht ausser Kraft gesetzt worden, haben die Juden noch immer nicht – weder de jure noch de facto – ihr Eigentum, ihre ihnen geraubten Mobilien und Immobilien zurückerhalten, und gross ist die Zahl der Fälle, in denen drei oder vier jüdische Familien in einem einzigen Zimmer untergebracht sind und drei bis vier Personen in einem Bett schlafen müssen.“

Am selben Tag erklärte er in der Zeitschrift *La Gazette de Lausanne*, dass er, sollten die Juden ihr Eigentum nicht zurückerhalten und ihnen ihre Rechte und Funktionen vorenthalten werden, die Rassengesetze als noch in Kraft betrachten werde. Das erste Gesetz zur Rückgabe jüdischen Eigentums, bekannt geworden als „Patrascanusches Gesetz“, wurde erst am 19. Dezember 1944 verabschiedet, und zahlreiche damit verbundene administrative Restriktionen nahmen ihm jegliche Wirksamkeit. Tatsächlich erhielten die Eigentümer ihren Besitz nicht zurück, der Staat bot ihnen keinerlei finanzielle Entschädigung für das aufgrund der Rassengesetze verstaatlichte Eigentum an. Weitere Verordnungen untersagten den Juden, in ihre Wohnorte zurückzukehren, womit sie de facto daran gehindert wurden, ihre Häuser aufzusuchen und ihr Eigentum zurückzuerlangen. Dazuhin wurden Zehntausende erwerbstätiger Juden, die ihre Anstellung aufgrund der Rassengesetzgebung verloren hatten, nicht wieder ins Arbeitsleben integriert – trotz einschlägiger Erlasse.

Nachdem die Behörden Fildermans Kampfblatt, den *Curierul Israelit*, in dem seine Petitionen und Berichte insbesondere zur Raubgutfrage regelmässig abgedruckt worden waren, Anfang 1945 eingestellt hatten, wurde er im September 1945 für etwa zwanzig Tage verhaftet, seine persönlichen Unterlagen wurden konfisziert. Constantin I. C. Bratianu, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, richtete unverzüglich scharfen Protest an die Interalliierte Kontrollkommission, indem er diese „neue und schwerwiegende Form des Eingriffs in die persönliche Freiheit“ anklagte:

„Filderman ist im Lande wie auch ausserhalb der Landesgrenzen bekannt. In seiner Eigenschaft als Präsident der Union der Israeliten Rumäniens, als Präsident des Bundes der israelitischen Gemeinden, des Joint Distribution Committee für Rumänien und des Zentralkomitees ORT, der Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden, als Vorsitzender zahlreicher Hilfsorganisationen sowie mehrfacher Abgeordneter im rumänischen Parlament setzt sich Filderman seit über dreissig Jahren mit einhellig anerkannter Leidenschaft, Selbstlosigkeit und Hingabe für seine Glaubensgenossen ein. Unter der Antonescu-Diktatur war er Zielscheibe sämtlicher Angriffe des Ex-Marschalls bis zu seiner Deportation nach Transnistrien. Diese herausragende jüdische Persönlichkeit wird seit Monaten von der Regierung angegriffen, indem zunächst seine Zeitschrift, der *Curierul Israelit*, verboten worden ist und er heute auf dem Verwaltungswege ohne jegliche Begründung, ohne Haftbefehl und ohne

ordentliches Gerichtsverfahren ins Gefängnis geworfen worden ist. Im Namen der Nationalliberalen Partei, die während der Antonescu-Diktatur unaufhörlich und vehement gegen die verabscheuungswürdigen Verfolgungen der israelitischen Bevölkerung protestiert hat, gestatten wir uns, auch heute gegen diesen Akt der Willkür zu protestieren in der Hoffnung, die Interalliierte Kontrollkommission möge diesen Terrormethoden, die auf all jene angewendet werden, die ihre Meinungs- und Glaubensfreiheit verteidigen, ein Ende setzen.“

Oberrabbiner Alexandre Safran persönlich wandte sich an Premierminister Petru Groza, um die Befreiung Fildermans zu erwirken. „Wie ist es möglich“, fragte er, „dass ein Mann, der so sehr unter dem faschistischen Regime gelitten hat, nun verhaftet wird, da wir vom Faschismus befreit worden sind?“

Nach seiner Befreiung setzten die Kommunisten ihren Feldzug gegen ihn fort, insbesondere im offiziellen Tagblatt *Scânteia* (*Der Stern*), und Wilhelm Filderman beschloss am 24. Oktober 1945, als Präsident der Union der jüdischen Gemeinden zurückzutreten. Sein Rücktritt wurde schliesslich nicht angenommen, und so bemühte er sich um ein Mindestmass an Zusammenarbeit – keineswegs auf politischer Ebene – mit den anderen Organisationen in bezug auf Bedürfnisse und Rechte der jüdischen Bevölkerung. So veranlasste er am 17. Juli 1946 eine Zusammenkunft, an der die Vertreter seiner Organisation teilnahmen wie auch diejenigen der Union der rumänischen Juden (mit den Anwälten Focseneanu und Edouard Manolescu), der Zionistischen Organisation (mit den Anwälten Misu Benvenisti und S. Rosenfeld), der National-jüdischen Partei (mit Rechtsanwalt Tumarkyn) und sogar des Jüdisch-demokratischen Komitees (mit den Kommunisten I. Bacalu, Rechtsanwalt, M. H. Maxy, Maler, S. Lieblich, Arzt, und den Sozialdemokraten Leopold Filderman und Marcel Fischler, beide Anwälte). Da Filderman nichts Konkretes erreicht hatte, flüchtete er schliesslich – immer einsamer geworden – am 12. März 1948 aus Rumänien und liess sich kurz vor einer neuerlichen Verhaftung, die die kommunistische Polizei geplant hatte, in Paris nieder.

Wie standen die Juden dem Kommunismus gegenüber, und wie verhielt sich die Kommunistische Partei der jüdischen Bevölkerung gegenüber? Im Gegensatz zu den von der antisemitischen Propaganda lancierten Stereotypen, nach der alle Juden Kommunisten seien, waren die jüdischen Kommunisten am 23. August 1944, gemessen an der jüdischen Gesamtbevölkerung des Landes, sehr gering an Zahl. Es handelt sich um etwa 300 von den tausend Anhängern, die die Kommunistische Partei zählte – bei einer geschätzten jüdischen Gesamtbevölkerung von etwa 360 000 (gemäss einer anderen zeitgenössischen statistischen Einschätzung Anfang 1947 waren es

428 312). Die Zahl der jüdischen Kommunisten stieg Ende 1944 auf 1000, zwischen 1945 und 1946 auf ungefähr 5000, und auf 10 000 im Jahre 1949, als die Kommunistische Partei eine Million Mitglieder zählte. Zwischen 1944 und 1950 waren nur wenige Personen jüdischer Abstammung in den oberen Rängen der Kommunistischen Partei und im Ministerrat anzutreffen (die bekannteste unter ihnen war Ana Pauker, die aus der Sowjetunion zurückgekehrt war und Aussenministerin wurde, bevor sie 1952 aufs Abstellgleis geschoben wurde), einige Dutzend waren in verantwortungsvollen Positionen, einige Hundert im Propagandaapparat und einige Tausend in Wirtschaft und Verwaltung. Im Innenministerium, im Nachrichtendienst oder der Securitate machten sie nicht mehr als 5–6% aus. Die Juden waren in der Tat weit davon entfernt, dem Kommunismus zuzuneigen; vielmehr lässt sich ein Bruch zwischen der Mehrheit der Juden und der Kommunistischen Partei erkennen.

Es ist festzuhalten, dass ein grosser Teil der Juden, die der Kommunistischen Partei Rumäniens angehörten und von denen Filderman sagte, dass sie mit ihrem Parteieintritt aufgehört hätten, Juden zu sein, sich als williges Werkzeug antijüdischer Repressalien erwies. Unter denjenigen, die den virulentesten Antijudaismus praktizierten, befanden sich Iosif Chisinevski, Ghizeal Wass, Alice Benari, Ofelia Manole, Chrita Abramovici und Bercu Feldman, und unter den Folterknechten, die ihre Glaubensgenossen malträtierten, waren Oberst Dulgheru, Leiter der Ermittlungen gegen die Zionisten, und Oberstleutnant Teodor Micle, der den zionistischen Vorsitzenden A. L. Zissu verhört hatte – beide wurden von Gheorghiu Dej ausgezeichnet, nachdem sie ihre verbrecherischen Verhöre abgeschlossen hatten. Die antijüdischen Aktionen der kommunistischen Parteien Osteuropas begannen 1947 (es sei an die Prozesse gegen Laszlo Rajk in Ungarn, gegen Slansky in der Tschechoslowakei, gegen jüdische Ärzte in der Sowjetunion erinnert), in Rumänien bereits 1945. Der kürzlich publizierte Bericht der Vollversammlung der Kommunistischen Partei Rumäniens am 5. Oktober 1945 stellt eine antisemitische Plattform dar, die von allen Anwesenden, die die historische Realität verzerrten und die Juden als Faschisten betrachteten, gutgeheissen wurde: Es handelt sich hierbei um ein spezifisches Manifest antisemitischer Zwischenkriegsliteratur, allen voran *Porunca Vremii* (*Das Gebot der Stunde*): „Wir können nicht tolerieren, dass sich die Juden auf der Grundlage ihrer Leiden das Privileg herausnehmen, das rumänische Volk zu plündern und auszurauben“, während der Offizier des Nachrichtendienstes und spätere General der Securitate, Ion Vinte, verkündete, dass „der Antisemitismus von den Zionisten, die von Samstag bis Montag nur singen, provoziert worden sei.“

Auf Befehl der Staatssicherheit sollten die regionalen Sicherheitsdienste (die Securitate bestand noch nicht unter diesem Namen) politische Dossiers der Vorsitzenden der zionistischen Vereinigungen, des Jüdischen Gemeindebundes Rumäniens, der Union der rumänischen Juden und der lokalen Gruppenleiter des Joint, von ORT und OSE sowie des Bnei Brith erstellen. Auf diese Weise konnten Hunderte und später Tausende von minutiös erfassten und überwachten Personen leicht ins Gefängnis geworfen und als Feinde des kommunistischen Regimes abgeurteilt werden.

Die kommunistische politische Polizei zögerte nicht, am 14. Juni 1946 das Feuer gegen die zionistischen Demonstranten von Jassy zu eröffnen und ein Dutzend Leute zu verhaften, während der Präfekt der Stadt die 14 bestehenden zionistischen Organisationen zwang, sich in nur vier Gebäuden zu versammeln, damit sie leichter unter Kontrolle zu halten waren. Es fanden weitere Ereignisse statt, die die kommunistischen Autoritäten veranlassten, sich gegen die jüdische Bevölkerung von Mihaileni zu stellen, die gegen das Jüdisch-demokratische Komitee und die diversen antijüdischen Massnahmen demonstrierte.

Am 12. Dezember 1948 und am 4. März 1949 fasste das Zentralkomitee der Arbeiterpartei Rumäniens beziehungsweise die rumänische Regierung den Beschluss, die Aktivitäten der internationalen jüdischen Organisationen – Joint, ORT und OSE – im Lande zu verbieten. Dies signalisierte den Auftakt einer gezielten Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung, der zionistischen Organisationen und ihrer Vertreter, die festgenommen und für viele Jahre inhaftiert wurden, bevor sie für Verbrechen, die sie nie begangen hatten, zu harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Lange und unerträgliche Verhöre waren die Folge von sogenannten „Erklärungen“, in denen die Gefangenen in der überwiegenden Zahl der Fälle ihre Schuld eingestanden. Diese „Erklärungen“ wurden den Beschuldigten unter unmenschlichen Folterqualen abgepresst, nachdem man sie zuvor hungern liess und zermürbenden Vernehmungen unterzog. Ein Zeugnis, das hier erwähnt werden sollte, ist dasjenige von Theodor Lavi-Löwenstein, einem zionistischen Gefangenen (*assir Zion*), der fünf lange Jahre von 1950 bis 1955 in den kommunistischen Kerkern verbrachte. In seinen Erinnerungen *Nu a fost pisica neagra (Es war nicht die schwarze Katze)* entwirft er das pathetische Bild eines gewaltigen unmenschlichen Unterdrückungsapparates. Der Verfasser schreibt im Vorwort folgende Zeilen, die die schwierigen Jahre des Terrors zusammenfassen:

„Nicht nur wir Zionisten sind ins Räderwerk der riesigen Maschinerie der politischen Polizei geraten; die Begegnungen mit Gefangenen der unterschiedlichsten Couleur,

unvermeidliche Debatten mit ihnen über die jüdische und die zionistische Frage, haben uns gezeigt, wie tief verwurzelt das Stereotyp ‚Jude = Kommunist‘ ist. Auf der anderen Seite der Schranke begannen die, welche die Verhöre führten – zwangsläufig Antizionisten –, ihre antisemitischen Neigungen zu zeigen oder wieder zu entdecken.“

Die Prozesse und besonders die Gnadengesuche von 184 Verurteilten haben deutlich den tiefen zionistischen Glauben und die Liebe zahlreicher Verurteilter zu Israel gezeigt. Es ist anzumerken, dass diese geheimen Prozesse nach den Versammlungen des Politbüros der rumänischen Arbeiterpartei stattgefunden haben (vgl. besonders die Versammlung vom 14. Januar 1953), an denen bereits das Urteil gefällt wurde, noch bevor es feststand. Die Mitglieder des Zentralkomitees der rumänischen Arbeiterpartei rivalisierten gar in den schweren Anschuldigungen, die sie gegen die jüdische Bevölkerung erhoben: Gheorghiu Dej forderte zwei bis drei Mal in jedem Prozess gegen Juden die Todesstrafe, Zwangsarbeit sowie lebenslänglich für alle übrigen Beschuldigten, während Iosif Chisinevski forderte, dass Synagogen und Talmud-Torah-Schulen abgebrannt würden.

Alle Prozesse gegen Zionisten fanden vor Militärgerichten statt; es gab grundsätzlich keine Anwälte, und die Vorsitzenden liessen keine Zeugen zu. Die ersten antizionistischen Prozesse betrafen die Vorsitzenden der Organisation Betar, die am 7. Juli 1953 zu Freiheitsstrafen von 10 bis 18 Jahren verurteilt wurden, die der Organisation *Etsel* im Oktober 1953, gefolgt von den transsilvanischen zionistischen Vorsitzenden am 24. November 1953 in Temeschwar sowie des *Ha-Schomer Ha-Tza'ir* am 18 März 1954 – mit Strafen zwischen drei und acht Jahren. Am 28. März fand „der Prozess der 13 Vorsitzenden der zionistischen Bewegung Rumäniens“ statt: Drei von ihnen – A. L. Zissu, Jean Cohen und Misu Benveniste, dessen Frau Suzi bereits am 5. November 1953 im selben Prozess zu zehn Jahren verurteilt wurde, in dem auch Iacov Littman-Litani zu 15 Jahren verurteilt wurde – erhielten lebenslänglich. Die anderen wurden zu Strafen von acht bis zwanzig Jahren verurteilt: Carol Reitter, Zeev Benjamin, Simon Has, Haber Karin Fichte, Zoltan Hirsch, Moshe Weiss-Talmon, Bubi Beer, Moti Moscovici, Gir Hasvetari und Simon David. Am 4. April 1954 begann der „Prozess der 41 zionistischen Führer“, gefolgt von weiteren Verhaftungen und Prozessen.

Auf die Initiative von Itzhak Artzi begann eine Gruppe von 48 ehemaligen verantwortlichen Zionisten Rumäniens im Mai 1954 einen Hungerstreik in der Grossen Synagoge von Tel Aviv, um die Befreiung der beinahe 500 in kommunistischen Gefängnissen inhaftierten Zionisten zu fordern. Eine ganze Reihe weiterer Interventionen, die von der israelischen Regierung (Aussenminister Mosche Scharett intervenierte am 24. Mai 1954 in der Knesset in dieser Angelegenheit) oder von abendländischen jüdischen Re-

präsentanten (Nahum Goldmann, Präsident des jüdischen Weltkongresses, stellte Gheorghiu Dej vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen mit Rumänien in Aussicht) und jüdischen Organisationen ausgingen, waren notwendig, um die Befreiung der Zionisten zu erreichen. Eine von der zionistischen Föderation Anfang Juni 1954 in Paris organisierte Konferenz endete mit der Abstimmung über einen Antrag, der sich gegen Verhaftungen und Verurteilungen „einzig wegen des Verbrechens der Zugehörigkeit zur zionistischen Bewegung“ wandte und „die Befreiung jüdischer und zionistischer Repräsentanten sowie die von den kommunistischen Autoritäten garantierte freie Ausreise nach Israel“ forderte. Am 11. Juni 1954 signalisierte Präsident Eisenhower seine Unterstützung anlässlich einer vom American Jewish Congress organisierten Protestveranstaltung. Aufgrund der erlittenen Qualen waren viele rumänische Zionisten im Gefängnis oder kurz nach ihrer Befreiung gestorben wie beispielsweise Kiva Ornstein, Avram Iampolschi, Elias Schein, Hugo Nacht, Abir Mark, A. L. Zissu.

Trotz dieser gewaltsamen Unterdrückung hielten die rumänischen Juden an ihrem Willen, *Alija* zu machen, fest. Der Zionismus, der starke Wurzeln in Rumänien hatte, machte nach dem Krieg bedeutende Fortschritte; die zionistischen Jugendbewegungen zählten Ende 1947 mehr als 20 000 Mitglieder, die sich in der landwirtschaftlichen Schule *Cultura* bei Bukarest sowie zahlreichen Sommerlagern und verschiedenen landwirtschaftlichen Einrichtungen auf ihr zukünftiges Leben in Palästina vorbereiteten. Solidarisch im Kampf um die Schaffung eines jüdischen Staates und begeistert vom Wiederaufleben Israels, trat die Mehrheit der rumänischen Juden für die zionistische Idee ein – doch auch, das bleibt festzuhalten, wegen der vom kommunistischen Regime ausgehenden Verfolgungen und des anhaltenden Antisemitismus.

Am 31. Januar 1949 hielt Pierre Charpentier, Frankreichs Vertreter in Bukarest, in einem an den französischen Aussenminister Robert Schuman gerichteten Sendschreiben folgendes fest: „Es ist allgemein bekannt, dass die Mehrheit der ungefähr 360 000 Personen der jüdischen Bevölkerung Rumäniens tendenziell national-zionistisch eingestellt ist.“ Diese Einschätzung hat sich als richtig erwiesen, denn trotz der Schwankungen, die auf die verschiedenen rumänischen Regierungen zurückzuführen sind, stellen wir eine bemerkenswerte *Alija*-Bewegung bis zum Fall des Kommunismus – und sogar darüber hinaus – fest. Gemäss der Volkszählung von 1956 betrug die Zahl der Juden 146 262 (0,84% der Gesamtbevölkerung, wobei die Anzahl der Juden zu tief angesetzt wurde); das bedeutet, dass sich innerhalb eines einzigen Jahrzehntes die jüdische Bevölkerung um die Hälfte verringert hat-

te. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Auswanderung; die meisten Emigranten gingen nach Israel. Zwischen 1944 und 1947 konnten sich trotz der feindseligen Politik der britischen Autoritäten, die sich gegen eine freie Einwanderung von Juden nach Palästina stellten, etwa 30 000 rumänische Juden – überwiegend Mitglieder zionistischer Bewegungen – dorthin begeben; eine grosse Anzahl, die von den Engländern verhaftet worden war, musste sich zunächst in Lagern, insbesondere auf Zypern, aufhalten. Nach der Unabhängigkeit Israels stellen wir eine stark ansteigende Zahl bei der *Alija* fest: 1948 – 17 668, 1949 – 13 595, 1950 – 46 430, 1951 – 40 206, doch nur 3627 im Jahre 1952. In jenem Jahr wurde die Auswanderung eingedämmt, und der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien im Sommer 1958 sowie die neue aussenpolitische Orientierung der rumänischen Autoritäten mussten abgewartet werden, damit eine neuerliche „Familienzusammenführung“ stattfinden konnte.

Zu Jom Kippur 1958 veröffentlichten die Autoritäten einen amtlichen Bericht mit der Mitteilung, der zufolge all diejenigen, die nach Israel auszuwandern gedächten, einen Antrag bei der Polizei stellen könnten. Damit begann eine weitere Auswanderungswelle; die Anzahl der *Olim* („Einwanderer nach Israel“) stieg zwischen 1958 und 1966 auf 106 200, etwas weniger als während der ersten *Alija* zwischen den Jahren 1948 und 1951, der Amtszeit Ana Paukers, als die Gesamtzahl nahezu 117 000 *Olim* betrug. In ihrer Eigenschaft als Aussenministerin hatte Ana Pauker dem israelischen Abgesandten Mordechai Namir am 23. Juli 1948 eine zustimmende Antwort ihrer Regierung übermittelt, die gleichzeitig das rumänisch-israelische Abkommen zum rumänischen Erdöllexport nach Israel wie auch den Beginn der *Alija* betraf.

Die Auswanderung nach Israel verlief in regelmässigen Schwankungen: 1967/68: 1000, von 1969 bis 1974: 17 800, von 1975 bis 1989: 21 800 und von 1990 bis 1995: 3400. Während des kommunistischen Regimes fehlte es nicht an administrativen Schikanen: jahrelanges Warten auf die Ausreisegenehmigung, Verlust der Arbeitsstelle, Verbot des Schulbesuchs, beängstigendes Auseinanderreißen von Familien usw. 1966 lebten in Rumänien etwa 100 000 Juden. Ein Jahrzehnt später verringerte sich die Zahl der jüdischen Bevölkerung um die Hälfte: 1977 wurden um die 45 000 Personen gezählt, wobei die offizielle Volkszählung nur 25 686 Juden registrierte, 0,11 % der Gesamtbevölkerung. Nach dem Jom-Kippur-Krieg nahm die Zahl der Auswanderungen stark ab: 1978 betrug die Zahl der Ausreisegenehmigungen für Israel 1134, 1979 1184 und 1980 1076. 1981 wurde die Zahl der Juden auf etwa 34 000 geschätzt, 16 000 in Bukarest, der Rest verteilt auf 68 Gemein-

den in der Provinz (3000 in Jassy, 2000 in Temeschwar, 800 in Cluj usw.). Der „Bund mosaischer Gemeinden“ (so der offizielle Name des rumänischen jüdischen Gemeindebundes während der kommunistischen Zeit) unter der Präsidentschaft von Oberrabbiner Moses Rosen, der vom kommunistischen Regime nach der erzwungenen Ausreise von Oberrabbiner Alexandre Safran nominiert worden war und bis zu seinem Tode 1994 das Amt innehatte, unterhielt zu jener Zeit 15 rituelle Bäder und entsandte zwölf noch heute lebende *Schochtim* („Schächter“) zur Sicherung der Bereitstellung von koscherem Fleisch in die entlegensten Gegenden. In jenem Jahr erhielten mehr als 600 Heranwachsende und zahlreiche Erwachsene über *Talmudei Torah* Religionsunterricht. Dem Bund, dem drei Erholungsheime, zwei in den Bergen und eines an der Schwarzmeerküste, gehörten, organisierte mit Hilfe des Joint einen wichtigen medizinischen Hilfsdienst mit der Bereitstellung von Kleidern, Nahrungsmitteln und Geld. In 120 Synagogen fanden Gottesdienste statt.

Nach dem Fall des Kommunismus nahm die Zahl der Auswanderungen zu, und heute leben weniger als 12 000 Juden in Rumänien; die Mehrheit ist über sechzig Jahre alt und lebt je zur Hälfte in der Hauptstadt und auf dem Lande. Die Gemeinschaft ist sehr klein geworden, zeichnet sich aber durch ein hohes Mass an Solidarität aus sowie sein soziales wie medizinisches Versorgungssystem mit Krankenhäusern, Heimen und Koscherrestaurants, die – so Generalsekretär Iulian Sorin – von fast zwei Dritteln der Mitglieder in Anspruch genommen werden. Die Gemeinschaft zeichnet sich ebenfalls durch eine grosse Lebendigkeit aus und besitzt als einzige auf der Welt einen Verlag, *Editura Ha-Sefer*, der unter der fachkundigen Leitung des im Jahre 2001 verstorbenen Schriftstellers Z. Ornea Dutzende von Titeln herausgab. Das 1978 gegründete und in einer alten zweckentfremdeten Synagoge aus dem Jahre 1836 untergebrachte Museum für die Geschichte der Juden in Rumänien wurde renoviert; ein Raum wurde eigens für die Geschichte der *Schoa* bereitgestellt. Die ausgestellten Kultgegenstände und bemerkenswerten Dokumente sind ein lebendiges Zeichen der Erinnerung an eine jahrhundertalte Gemeinde. Ein Zentrum für die Erforschung der Geschichte der Juden in Rumänien befasst sich unter der Schirmherrschaft des Gemeindebundes mit der Publikation von Dokumentbänden wie auch eines Bulletins. Desgleichen sei an die Existenz eines staatlichen jüdischen Theaters erinnert, in dem zahlreiche nichtjüdische Künstler Beifall für ihre Beherrschung der Sprache Scholem Alejchems erhalten, ferner an eine jüdische Grundschule in Bukarest, in der bevorzugt Hebräisch und Englisch unterrichtet werden, und schliesslich und vor allem an die zweimal im Monat in rumänischer, he-

bräischer und englischer Sprache erscheinende Zeitschrift *Realitatea Evreiasca* mit dem Schriftsteller Dorel Dorian als Chefredakteur. Als Nachfolgerin der 1956 gegründeten *Revista Culturii Mozaic* ist sie das offizielle Organ des jüdischen Gemeindebundes, dem seit 1995 Nicolae Cajal, Honorarprofessor an der medizinischen Fakultät und Mitglied der rumänischen Akademie, vorsteht.

Für die letzten gesetzgebenden Wahlen im Jahr 2000 stellte die Gemeinde Dorel Dorian als Kandidaten auf, der ins Parlament gewählt wurde (er war bereits Abgeordneter in der Amtszeit von Constantinescu). In seinem Dankeschreiben, das in der *Realitatea Evreiasca* erschienen und an alle gerichtet war, die für die *Menora*, das Wahlsymbol, gestimmt hatten, lesen wir, dass er in den 15 Kreisen, in denen er sich aufstellen liess, weit über 9000 Stimmen erhielt, was zeigt, dass zahlreiche Nicht-Juden für ihn gestimmt hatten – in Bukarest kam er bei nicht allzu hoher Wahlbeteiligung auf knapp 3000 Stimmen.

Nach dem ersten Präsidentschaftswahlgang am 26. November 2000, der dem ultra-nationalistischen Corneliu Vadim Tudor mit 28,4% der Stimmen auf den zweiten Platz verhalf, sah sich das Direktorium des Verbandes jüdischer Gemeinden gezwungen zu reagieren. Es veröffentlichte am 7. Dezember 2000, drei Tage vor dem zweiten Wahlgang, ein Kommuniqué, in dem es die politische Ansprache Vadim Tudors, der sich als „Feind des Judentums“ entpuppt hatte, anprangerte, zumal Antisemitismus in seiner Zeitschrift *România Mare* („Gross-Rumänien“) eine konstante Grösse darstellt. Mit dezidierten Worten erklärte das Komitee, seine Aufgabe erfüllt zu haben, indem es die öffentliche Meinung national wie international vor Vadim Tudors xenophobischen Methoden warnte.

Nicolae Cajal, Mitglied der Akademie, erklärte den extremistischen Vorstoss mit der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Frustration vieler Bevölkerungsgruppen, die sich eine grundlegende Veränderung ihrer Lebensbedingungen erhofften. Mit dem „Realsemitismus“ als neuem Konzept, das die Rolle der Juden in der Entwicklung aller Bereiche des Wirtschaftslebens, des sozialen wie künstlerischen Lebens des Landes stärkte, gingen Nicolae Cajal als Urheber des Konzeptes und seine Gemeinde entschieden gegen alle antisemitischen Bekundungen vor, an denen es seit 1989 nicht mangelt. „Wir halten Rumänien, für dessen Zivilisation wir seit Jahrhunderten unseren Beitrag leisten, die Treue“, erklärte er kürzlich, „wir tragen in unserem Herzen die Liebe zu Israel, dessen Existenz für uns ein ständiger Halt ist“.

Bibliographische Hinweise

- BINES, C., *Din istoria imigrarilor în Israel, 1882–1895*, Bucuresti 1998.
- BADY, M. H., *Din trecutul judaismului român*, Tel Aviv 1985.
- Congresul Mondial Evreesc. Sectia din România. Memento statistic. Band I: Populatia evreeasca în cifre*, Bucuresti 1945; Band II: *Asezarile evreilor în România*, Bucuresti 1947.
- CUPERMAN, J., *Be-Tzvat ha-komunism. Ha-histadrut ha-Tzionit be-Romania, 1944–1949*, Tel Aviv 1995.
- GASTON-MARIN, G., *In serviciul lui Gheorghiu Dej*, Bucuresti 2001.
- KULLER, H., Le processus de permanence-rupture dans la dynamique d'après-guerre des Juifs de Roumanie, in: C. IANCU, *Les Juifs en Roumanie aux XIXe et XXe siècles: permanences et ruptures*, Montpellier 2002 (in Vorbereitung).
- LAVI, T., *Nu a fost pisica neagra*, Tel Aviv 1979.
- LEIBOVICI-LAIS, S., Beit ha-sefer ha-yehudi be-Romania (1940–1947), in: *Ish be-gvurot. Maamarim be-morechet Israel u-be-toldotav. Mukdash likhvod ha-rav Alexandre Safran*, Jerusalem 1990, S. 291–310.
- LEVY, R., *Ana Pauker. The Rise and Fall of a Jewish Communist*, Berkeley 2001.
- ONISORU, G., Evreii si problemele României „democrat-populare“, 1944–1948, in: S. SANIE/D. VITCU (ed.), *Studia et Acta historiae iudaeorum Romaniae*, Band III, Bucarest 1998, S. 295–309.
- PELIN, M., *Sionisti sub ancheta. A. L. Zissu. Declaratii, confruntari, interoatorii, 10 mai 1951 – 1 martie 1952*, Bucuresti 1993.
- ROTMAN, L., The Politics of the Communist Regime concerning the Jews: Contradictions, Ambivalence and Misunderstanding (1945–1953), in: *The Jews in the Romanian History*, Bucharest [1966], S. 230–248.
- SAFRAN, A., *Un tison arraché aux flammes. Mémoires*, Paris 1989.
- WEXLER, T./M. POPOV (ed.), *Anchete si procese uitate, 1945–1960*, 2 Bände, Bucuresti 2001.
- WEXLER, T./M. POPOV (ed.), *Dr. Wilhelm Filderman. Un avocat al etniei sale. Un avocat al cauzei nationale a României. Articole, discursuri memorii, 1921–1948*, 2 Bände, Bucuresti 1999.